

KommunalPraxis spezial

Fachzeitschrift für Verwaltung, Organisation und Recht

Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Aktuelle Praxisfragen zu ausgewählten ordnungsrechtlichen Themen

Fachbeiträge

Die Datenschutz-Grundverordnung –
Was bedeutet sie für Kommunen?

Neues aus dem Straßenverkehrsrecht
2016/2017

Radverkehrssicherheit

Ohne Zusammenarbeit geht es nicht!
Kooperative Ansätze für sichere Städte und
Nachbarschaften

Obdachlosenpolizeirecht – Die wichtigsten
Regelungen zur Unterbringung von
obdachlosen Menschen

Im Notfall müssen alle ran – Gedanken zur
zivil-militärischen Zusammenarbeit

Verhaltensempfehlungen für die Sicherheit
von Amts- und Mandatsträgern





Annette Baier
Verantwortliche Redakteurin,
annette.baier@wolterskluwer.com

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem Thema Öffentliche Sicherheit und Ordnung starten wir in das neue Jahr.

Den Anfang macht die Datenschutz-Grundverordnung, die am 25.05.2018 auch in Deutschland in Kraft tritt. Sie führt viele der bereits bekannten Regelungsprinzipien des Datenschutzrechts fort oder entwickelt diese weiter, enthält aber auch neue Anforderungen. *Stief* geht auf den Rechtsrahmen der Datenschutz-Grundverordnung ein und gibt einen Überblick über ausgewählten Regelungen, die für die Kommunen von besonderer Bedeutung sind.

Rebler beleuchtet die Neuerungen im Straßenverkehrsrecht in den Jahren 2016 und 2017. So wurden u.a. Tempo 30 vor Schulen und Kindergärten, ein neuer Straftatbestand der Veranstaltung von oder der Teilnahme an verbotenen Kraftfahrzeugrennen oder Regelungen zur Förderung von Carsharing eingeführt.

Mit dem Thema Radverkehrssicherheit beschäftigt sich *Huhn*. Mehr Radverkehr in den Gemeinden ist erwünscht, nicht zuletzt um Fahrten mit dem Auto zu ersetzen und so Abgase und Verkehrslärm zu reduzieren. Jedoch hat die Zahl der Fahrradunfälle 2016 einen neuen Höchststand erreicht. Woran das liegt, wird in diesem Beitrag erläutert.

Die Schaffung und Gewährleistung von Sicherheit in der Stadt umfasst eine Vielfalt von Aufgaben und involviert viele Akteure. *Floeting* stellt, auch durch die Aufführung konkreter Beispiele, Ansätze für sichere Städte und Nachbarschaften vor.

Die Wohnungsnot vor allen in den Ballungsräumen und die damit verbundene Zunahme der Zahl der Wohnungslosen stellen die Kommunen vor große Herausforderungen. Obdachlosigkeit stellt eine erhebliche und gegenwärtige Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar. *Ruder* behandelt in seinem Beitrag die wichtigsten Rechtsgrundsätze zur polizei- und ordnungsrechtlichen Unterbringung von Obdachlosen.

Ebert schließlich macht sich Gedanken zur zivil-militärischen Zusammenarbeit: Kommunen stoßen in kritischen Situationen schnell an ihre Handlungsgrenzen. Schon größere planbare Veranstaltungen können örtliche Kräfte vor große Probleme stellen. Wie aber sieht das dann in unvorhergesehenen Lagen aus, etwa bei einem größeren Schadensereignis wie einer Flut? Gibt es die Möglichkeit einer Unterstützung, z.B. durch die Bundeswehr?

Außerdem finden Sie in diesem Heft die vom Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz veröffentlichten Verhaltensempfehlungen für die Sicherheit von Amts- und Mandatsträgern.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Ihre

Annette Baier

Annette Baier



Fachbeiträge

Dr. Matthias Stief
Die Datenschutz-Grundverordnung – Was bedeutet sie für Kommunen? 2

Dr. Adolf Rebler
Neues aus dem Straßenverkehrsrecht 2016/2017 7

Roland Huhn
Radverkehrssicherheit 13

Dr. Holger Floeting
Ohne Zusammenarbeit geht es nicht! Kooperative Ansätze für sichere Städte und Nachbarschaften 20

Karl-Heinz Ruder
Obdachlosenpolizeirecht – Die wichtigsten Regelungen zur Unterbringung von obdachlosen Menschen 24

Dr. Dr. Frank Ebert
Im Notfall müssen alle ran – Gedanken zur zivil-militärischen Zusammenarbeit 36

Verhaltensempfehlungen für die Sicherheit von Amts- und Mandatsträgern 40



Aktuelle Rechtsprechung 41



Veranstaltungen 45



Impressum und Vorschau 48

